

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/6

10. Januar 1977

Ein weltoffener Kopf des Luthertums

-----  
Mit Henne Lilje hat die soziale Demokratie einen Mitstreiter verloren

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Generalangriff gegen Funk und Fernsehen

-----  
Journalistische Unabhängigkeit ist der Opposition ein Dorn im Auge

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 74 Zeilen

Entwicklungspolitik wird immer wichtiger

-----  
Heutige Weltwirtschaft benachteiligt die Dritte Welt

Von Marie Schlei MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 5 und 6 / 85 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 9-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 468  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 80 39/39  
Telex: 02 80 646-68 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

### Ein weltoffener Kopf des Luthertums

Mit Hanns Lilje hat die soziale Demokratie einen Mitstreiter verloren

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Über Hanns Lilje - so ging zur Amtszeit des ehemaligen hannoverschen Landesbischofs die Rede - soll in einem Kirchengebet gestanden haben: "Lieber Gott, beschütze auch unseren Landesbischof, denn Du allein weißt, wo er sich gerade aufhält." Es gibt Anekdoten, die viel über einen Menschen aussagen; diese hier gehört dazu. Hanns Lilje war stets unterwegs. Seine weiten Reisen, seine nicht wenigen Ämter, seine zahlreichen Bücher, sein journalistisches Feuerwerk, sein Eaprit, sein Humor - uns in der Politik begegnete ein allzeit respektgebietender und weltoffener Kopf des Luthertums, ein glänzender Vertreter des geistlichen Standes.

Hinzu kam eine ungewöhnliche Gabe, mit der Sprache umzugehen, auch mit der französischen und englischen. Manchem von uns sind Predigten in Erinnerung, die Menschen innerlich aufbauten und gestärkt entließen. Um die Zuhörermassen, die Lilje fesselte, hätten ihn sogenannte Volksredner beneiden können. Zu meinen unvergesslichen Erinnerungen gehört das Zusammentreffen auf einer norddeutschen Werft und sein leichter Zugang zur Welt der harten Arbeit. Ich möchte mich in der Würdigung dieses bedeutenden Mannes auf einige Aussagen beschränken, die seine Beziehungen zum "anderen Regiment", dem politischen, kennzeichnen.

Lilje gehörte zu jener Generation von Theologen, die vom Kampf gegen den nazistischen Wehn geprägt waren und ihrer Eindeutigkeit wegen für Männer meiner Generation fast automatisch zu Bündnispartnern geworden sind. In den Jahren der Verfolgung lernten sich bekennende Christen und freiheitliche Sozialisten von einer neuen Seite kennen. Lilje gehörte zu den Verfolgten. Das gemeinsame Erlebnis wurde nach 1945 zur Grundlage einer haltbaren Zusammenarbeit. Bei aller Unterschiedlichkeit in der geistigen Begründung des politischen Engagements hatten Kirchenmänner wie Lilje und Sozialdemokraten wie Schumacher jedenfalls eines gemeinsam: das entschiedene

Eintreten für den bedrängten Einzelnen angesichts des Zugriffs totalitärer Mächte. Wachsein gegen die Omnipotenz der Macht - das war eine Wendung, die Lilje Wortwahl bis zuletzt bestimmt hat.

Deutsche Sozialdemokraten werden des verstorbenen Bischofs als eines Mannes gedenken, der sich einer geschäftigen Vermischung von Christentum und Politik vehement widersetzt hat. So stellte Lilje auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes 1957 fest, eine solche Vermischung sei unerträglich. Die Kirche werde durch sie politisiert und die Politik durch sie klerikalisiert. Dies habe sich aber von jeher zum Schaden für beide Seiten ausgewirkt. Auch den Inhabern und Anbetern wirtschaftlicher Macht pflegte der Mann, der ein Vierteljahrhundert Kirchengeschichte in Deutschland geprägt hat, ins Gewissen zu reden. Lilje redete schon Mitte der Seer Jahre davon, daß wir Deutschen von einer "akuten Gefahr" des Materialismus in Denken und Gesinnung bedroht seien. Er scheute sich nicht, einen entarteten Liberalismus, der von Freiheitagesinnung in Bindungslosigkeit umgeschlagen sei, mitverantwortlich zu machen.

Die von den Verfassungsvätern nach 1945 gewollte "hinkende Trennung" von Staat und Kirche half Hanns Lilje glaubwürdiger zu machen. Seiner und unseres gemeinsamen Freundes Hinrich Wilhelm Kopf's Initiative war es zu verdanken, daß im Jahre 1955 im Kloster Loccum der erste Vertrag eines Bundeslandes mit einer evangelischen Kirche geschlossen wurde. Er hatte Signalfunktion für die vertragliche Ausgestaltung des Verhältnisses Staat-Kirche über Niedersachsen hinaus.

Besonders beeindruckt hat mich dann in den letzten Jahren seine - wenn ich einmal so sagen darf - Einmischung in die Diskussion um die Ostverträge. Demonstrativ ließ er im April 1972 in das von ihm seit 1948 herausgegebene "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" auf der Titelseite einen Beitrag aus seiner Feder mit der Überschrift "Darum bin ich für die Ostverträge" einrücken. Hier strafte ein Amtsträger, stellvertretend für den Überwiegenden Teil des Protestantismus, das Lügen, was Lilje selbst 1952 bei einem Vortrag im Bonner Bundeshaus als ein typisches Mißverständnis des 19. Jahrhunderts entlarvt hatte, nämlich die angebliche "Staatspassivität" der lutherischen Lehre.

Nicht nur der deutsche und internationale Protestantismus haben eine empfindliche Lücke zu beklagen. Das Lager der sozialen Demokratie hat in Hanns Lilje einen Gesprächspartner und Kombattanten von historischem Format verloren.

(-/10.1.1977/vd/hgs)

+ + +

- 3 -

## Generalangriff gegen Funk und Fernsehen

---

Journalistische Unabhängigkeit ist der Opposition ein Dorn im Auge

Von Lothar Schwertz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Für 1977 zeichnet sich eine nochmalige Steigerung der Kampagne von CDU und CSU gegen das öffentlich-rechtlich organisierte Rundfunkwesen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Zu erwarten sind erneut konzertierte Aktionen zur Einengung und zum Abbau von publizistischen Freiheitsräumen, wie sie in den Funk- Fernsehredaktionen durch vernünftige Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen und bisher weitgehend erhalten geblieben sind. Diese journalistischen Entfaltungsmöglichkeiten unter dem bewährten Dach einer föderalistischen und demokratisch kontrollierten Rundfunkstruktur, um die uns andere freiheitliche Staaten beneiden, empfinden CDU und CSU bereits als störend und korrekturbedürftig, als sie noch die Regierungsmacht in Bonn in Händen hatten. Seit dem 1969 erfolgten Wechsel auf der bundespolitischen Szene betrachten sie sie als entscheidendes Hindernis bei der Wiedererlangung der Macht.

Die seither mit zunehmender Massivität und Intoleranz inszenierten Umtriebe der CDU/CSU gegen die journalistische Unabhängigkeit von Mikrofonen und Kameras sind darauf angelegt, das bisherige Rundfunksystem durch Anschläge auf seine föderalistische Funktionsfähigkeit auszuhöhlen und seine Mitarbeiter durch öffentliche und heimliche Pressionsversuche einzuschüchtern.

Unter die Kategorie Aushöhlung fallen u.a. die Drohungen aus den Staatskanzleien in München und Stuttgart, das Ländereabkommen über die Koordinierung des Ersten Fernsehprogramms (ARD-Fernsehen) vom 8. November 1961 aufzukündigen oder die immer wieder bei unionsgeführten Landesregierungen und Medienpolitikern von CSU und CDU ins Kalkül gezogene Zulassung kommerziell betriebener Sendegesellschaften. Dieser Knüppel zur Disziplinierung der Landesrundfunkanstalten erfreut sich in jüngster Vergangenheit wieder besonderer Beliebtheit, wie Äußerungen von Hans-Hugo Klein (CDU) über Christian Schwarz-Schilling (CDU) bis Friedrich Zimmermann (CSU) belegen. Die als Agitatoren in Sachen "Rotfunk" auf den WDR spezialisierten CDU-Herrenwindeln und Biedenkopf winken in den letzten Tagen ebenfalls mit diesem Zaunpfahl. Wenn es nicht "zu entscheidenden Schritten" für eine "durchgreifende Reform" in den Funkhäusern komme, sei "eine privatwirtschaftliche Konkurrenz der jetzigen Monopolanstalten unausbleiblich und dann auch wünschenswert." So Windeln wörtlich. Ein anderer Vertriebenenpolitiker namens Becher (CSU) leistete am Wochenende einen Beitrag auf bayerisch zu diesem Erpressungsmanöver. Er hat im Namen weiterer CSU-Parlamentarier die Torpedierung der ARD durch Einführung einer speziellen "Tagesschau" für den Sendebereich des Bayerischen Rundfunks propagiert.

Auf dem Feld der direkt redaktions- und personenbezogenen Verunsicherung und Einschüchterung - Kategorie zwei - geben CDU und CSU ebenfalls

zu erkennen, daß es für die ansonsten nicht gerade in Harmonie lebenden und operierenden beiden Oppositionsparteien im Medienbereich überhaupt keine Strategieprobleme und Zielkonflikte gibt.

Hier wird - wie seit den "Abschlüssen" von Paczensky, Proksa, Kogon und Heigert - alles aufs Korn genommen, was der CDU/CSU nicht letzte politische Weisheit und einen selbstverständlichen Führungsanspruch für die Bundesrepublik Deutschland bescheinigt bzw. Vorbehalte gegen seine Verwirklichung in Information oder Meinung umzusetzen wagt.

Seit der letzten Bundestagswahl läuft dieses Unternehmen sozusagen auf "wissenschaftlicher Basis". Der für Verleumdungs- und Verfilzungstheorien zuständige CDU-Generalsekretär Biedenkopf bemüht ein Umfrageergebnis des CDU-freundlichen Allensbacher Instituts für Demoskopie, um zu der Unterstellung zu kommen, 75 vH der Funk- und Fernsehjournalisten hätten für einen Sieg der sozialliberalen Koalition am 3. Oktober 1976 gearbeitet. Tatsächlich hatten die Allensbacher Demoskopien eine Auswahl von journalistischen Mitarbeitern in Funk und Fernsehen befragt, wen sie für die voraussichtlichen Gewinner der Bundestagswahl halten. Aus der damaligen persönlichen Einschätzung der Befragten leitet Herr Biedenkopf heute die ungeheuerliche Behauptung ab, ein solcher Prozentsatz der Mitarbeiter in den elektronischen Medien habe journalistische Funktionen manipulativ mißbraucht und werde dies wohl auch weiterhin tun.

Hier wird das ganze Ausmaß der aggressiven Infamie und skrupellosen Strategie deutlich, mit denen die von Windelen geforderte "durchgreifende Personalreform in den Funkhäusern" herbeigeführt werden soll.

Die deutsche Öffentlichkeit muß erkennen, daß die CDU/CSU nun unverhohlen zum breit angelegten Generalangriff auf das seit drei Jahrzehnten gut funktionierende Rundfunksystem in der Bundesrepublik Deutschland bläst. Die aus verschiedenen Stoßrichtungen ansetzenden Aktionen, um dieses System in Mißkredit zu bringen und auszuhebeln, sind eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung der Informations- und Meinungsfreiheit in unserem Land. Die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Gefahren gehen alle Bürger an. Zu ihrer Abwehr sind alle Kräfte aufgerufen, zu deren Demokratieverständnis das freie Wort und die geistige Liberalität gehören. Es geht um ein Kernstück freiheitlich-demokratischer Lebensqualität.

(-/10.1.1977/va/hgs)

+ + +

Entwicklungspolitik wird immer wichtiger

Heutige Weltwirtschaft benachteiligt die Dritte Welt

Von Marie Schlei MdB

Bundeminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bei vielen Bürgern erweckt eine neu gebildete Regierung die Hoffnung, daß es wieder ein Stück vorwärts geht. Das gilt sicher auch für die Entwicklungspolitik, deren Bedeutung in den vergangenen drei Jahren gewachsen ist und die in der vor uns liegenden 8. Legislaturperiode weiter steigen wird.

Die Weltwirtschaft, so wie sie heute ist, benachteiligt die Entwicklungsländer; daran besteht kein Zweifel. Die unendliche physische Not von Millionen Menschen ist ein Problem, das zu verringern jedem von uns aufgegeben ist. Die Haltung der Reichen dieser Welt, die wenig informiert sind über das, was sich sozusagen vor Ihrem Haus zusammenbraut, ist - gemessen an ihren eigenen ethischen Maßstäben - beschämend.

Abgesehen davon: Die Bundesrepublik Deutschland ist heute mit den wirtschaftlich schwächsten Partnern der Weltwirtschaft so weit verflochten, daß wir uns taube Ohren nicht mehr leisten können. Unser Export in alle Entwicklungsländer ist - mit knapp 25 vH Anteil am Gesamtexport - rund dreimal so groß wie der in die Staatshandelsländer. Daß unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern auch helfen, Arbeitsplätze bei uns zu sichern, ist viel zu wenigen bewußt; seriöse Schätzungen besagen, daß es mindestens eine halbe Million sind. Gegenseitiges Interesse verpflichtet uns also, nicht zuletzt aber die Einsicht, daß der Frieden bedroht ist, wenn Unfreiheit, Not und Hunger herrschen. Rationale Solidarität übt, wer das Wohlergehen der Schwachen als sein eigenes Interesse versteht.

Die Bundesregierung sieht es als wichtige Aufgabe an, in der vor uns liegenden 8. Legislaturperiode die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Süden als eine Säule unserer Außenbeziehungen wesentlich stärker als bisher ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Unsere Mitbürger müssen noch stärker darauf vorbereitet werden, daß die Länder der Dritten Welt sich anschicken, als vollwertige und gleichberechtigte Partner in die Weltwirtschaft einzutreten, und daß dies Konsequenzen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft haben wird. Es geht darum, gemeinsam mit den westlichen Industrieländern und mit den Entwicklungsländern einen Weg zu finden, der dies ermöglicht. In jedem Fall wird dies ein Mittelweg, ein Weg des Kompromisses und des Ausgleichs von Interessen sein müssen.

Wenn die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung die Entwicklungsländer benachteiligt, wenn wir andererseits die wichtigsten Vorschläge der Entwicklungsländer für eine Reform der Weltwirtschaft für nicht durchführbar halten, werden wir eigene Vorstellungen entwickeln und damit in die internationalen Konferenzen gehen müssen. Der Norden wird ernsthafte Alternativen bedenken müssen, über die der Süden mit sich reden läßt.

Wir werden zu überlegen haben, welche Möglichkeiten es gibt, die beunruhigende Schulden Situation der Entwicklungsländer zu entspannen. Es sind

Lösungen auch für die Rohstofffragen zu finden, die auf den UNCTAD-Verhandlungen entstehen. Wir werden uns weiter dafür einzusetzen haben, daß unsere Märkte den Entwicklungsländern weit offenstehen müssen. Eine solche Handelspolitik, die von der Europäischen Gemeinschaft insgesamt mitzutragen ist, kann nicht ohne Sicherung für den Arbeitsmarkt gemacht werden; wir müssen präzise ausrechnen, was für uns verkraftbar ist, weil die Erhaltung unserer Leistungsfähigkeit auch im Interesse der Entwicklungsländer wichtig ist.

Was die Entwicklungsländer von uns brauchen, ist eine quantitativ und qualitativ zufriedenstellende finanzielle Zusammenarbeit. Sie muß der Leistungsfähigkeit eines wirtschaftlich starken Landes, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, angemessen sein. Sie brauchen auch unseren Respekt vor ihren Entscheidungen als souveräne Länder, unseren Respekt vor ihrer Freiheit, sich den Weg ihrer Entwicklung selbst zu suchen.

Staatliche Leistung allein kann den beträchtlichen Anforderungen des Entwicklungsprozesses nicht allein Genüge tun. Die Dritte Welt braucht dringend Kapital und technisches Wissen unserer Industrien, sie braucht die Zuwendung unserer Kirchen, die oft für Menschen mehr tun können als der Staat. Die Dritte Welt braucht aber vor allem die Solidarität der Industrieländer, die Bereitschaft, Reformen zu ihrem Vorteil durchzuführen, alte Machtverhältnisse neu zu bestimmen - sicher der schwierigste Teil des Ausgleichs zwischen Nord und Süd.

Eine Welt, in der die Schwachen unter dem Schutz der Starken stärker werden, wird nicht in einer, aber vielleicht in mehreren Legislaturperioden zustande kommen. Wir werden diesen Prozeß aktiv und konstruktiv mitgestalten. Dies wird mühsam sein, und es werden zähe, geduldige Verhandlungen nötig sein. Die Ergebnisse werden kaum sensationell und oft wenig griffig für die Darstellung in unseren Medien sein. Die Entscheidungen, die in diesem Zusammenhang zu fällen sind, werden jedoch dazu beitragen, daß die nächsten Generationen in stabilen und verlässlichen globalen Zusammenhängen leben können.

Der Ausgleich zwischen Nord und Süd ist keine Fachfrage, sondern eine politische Frage, die politische Entscheidungen erfordert. Aber die Lösungen müssen von denen verstanden und mitgetragen werden, für die Politik gemacht wird. In der Politik muß über den Zeitraum von Legislaturperioden hinaus gedacht werden. Das gilt besonders für den gesamten außenpolitischen Bereich, erst recht für unsere Beziehungen zur Dritten Welt. Wenn langfristige Ziele in Konflikt geraten mit den kurzfristigen, muß im Innern - wie international - der Weg der Vernunft eingeschlagen werden.

Viele Bereiche der Politik werden in Zukunft in die Probleme unserer Beziehungen zur Dritten Welt stärker einbezogen werden. Die Entwicklungspolitik ist froh über jeden Verbündeten, stark oder schwach, der dazu beiträgt, das langfristig Vernünftige in die kurzfristigen Entscheidungen mit einzubringen.  
(-/10.1.1977/va/hgs)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Helmut G. Schmidt